

DIE ZEIT – Dossier

Ein deutscher Alptraum

Die Zeit, Hamburg, Germany

Die Stasi–RAF–Connection

Ostermontag, 1. April 1991, Kaiser–Friedrich–Ring 71 in Düsseldorf–Oberkassel, 23.30 Uhr. Ein Schuß zerreißt die nächtliche Stille des Düsseldorfer Nobelviertels. Er trifft den Vorstandsvorsitzenden der Berliner Treuhandanstalt, Detlev Karsten Rohwedder, in den Rücken. Das Geschoß durchschlägt den fünften Brustwirbel, zerfetzt Aorta, Speise– und Luftröhre. Rohwedder ist sofort tot. Zweimal noch feuert der Schtze aus einem Schnellfeuergewehr belgischer Bauart. Rohwedders zu Hilfe geeilte Ehefrau wird am Ellbogen verletzt. Der Mord, zu dem sich schließlich ein „Kommando Ulrich Wessel“ der „Rote Armee Fraktion“ (RAF) bekennt, trifft das vereinte Deutschland zu einem Zeitpunkt, da sein Zusammenwachsen vor immer neue Zerreißproben gestellt wird:

Erst eine Woche vor dem Anschlag hatten Nachrichten über ein Zusammenwirken von DDR–Staats Sicherheitsdienst und „Rote Armee Fraktion“ in der ersten Hälfte der achtziger Jahre die Öffentlichkeit aufgeschreckt. Täglich neue Katastrophenmeldungen über die Wirtschaftslage im Osten und die verbrecherischen Aktivitäten der Stasi hatten das Thema Terrorismus eine zeitlang fast in Vergessenheit geraten lassen. Doch seit der Aufdeckung der Stasi–RAF–Connection beherrscht es erneut die Schlagzeilen.

Die Terroristen hatten sich ihr Opfer mit der ihnen eigenen Konsequenz ausgesucht. In einen: fünfseitigen Bekenner schreiben, das am 4. April bei „Agence France Presse“ in Bonn eingeht, heißt es, der Anschlag habe dem „Bonner Statthalter in Ost–Berlin“ gegolten, einem Mann, „der die Welt in Produktivitätssteigerung und Profitraten sieht und für den Menschenleben nichts zählen“. Es entspricht der für die wirre Ideologie der RAF charakteristischen Logik, jenen Mann zu ermorden, der qua seines Amtes das Zusammenwirken von Politik und Wirtschaft verkörperte. Als Herr über 8000 Ex–DDR–Betriebe und oberster Sanierungsbeauftragter der Bundesregierung wird Rohwedder für all das verantwortlich gemacht, was dem versprochenen Aufschwung Ost zuwiderläuft: für Betriebsschließungen, Arbeitslosigkeit, Inflation. Der RAF ist der Treuhandchef damit so verhaßt wie der „Kapitalstrategie“ Alfred Herrhausen, Chef der Deutschen Bank und ihre Antwort lautet wie gehabt: Mord.

Doch noch während ein Sondereinsatzkommando des Bundeskriminalamtes (BKA) in Düsseldorf ermittelt, spricht der Chef des Hamburger Verfassungsschutzes, Christian Lochte, von einem RAF–untypischen Anschlag und deutet an, auch der Staats Sicherheitsdienst der DDR könne als mutmaßlicher Drahtzieher oder Mittäter in Frage kommen. Lochte trifft damit einen empfindlichen Nerv: unbewältigte Vergangenheit hben wie drüben. Die „Rote Armee Fraktion“ ist vielleicht das Trauma der Bundesrepublik, der alles umschlingende Krake Stasi das Trauma der Bevölkerung der ehemaligen DDR.

Beide Organisationen gemeinsam ergeben den gesellschaftlichen Alptraum schlechthin. Mit der Vernehmung einer schlanken, schwarzhaarigen, 39jhrigen Frau namens Ingrid Becker in der Hauptdirektion 1 des Zentralen Kriminalamtes der DDR am 6. Juni 1990 hatte die Aufdeckung eines der größten Skandale in der Geschichte der beiden deutschen Staaten ihren Anfang genommen. „Ich möchte gleich zu Beginn meiner Befragung erklären“, gab die Vorgeladene zu Protokoll, „daß meine eigentliche Identität nicht die der Becker, geb. Jäger, Ingrid ist. Ich nehme

an, daß meine heutige Festnahme durch das Untersuchungsorgan der DDR damit im Zusammenhang steht. Zu meiner wahren Identität gebe ich folgende Erklärung ab. Mein Name ist Susanne Albrecht. Ich wurde am 1.3. 1951 in Hamburg geboren. Zu meiner heutigen Identität ist mir durch eine staatliche Stelle der DDR verholphen worden."

Eine Sensation: Susanne Albrecht, eine der meistgesuchten Terroristinnen der 77er Generation, zur Fahndung ausgeschrieben wegen des Mordes an Bankier Jürgen Ponto und eines fehlgeschlagenen Sprengstoffanschlags auf die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe, saß Ermittlungsbeamten der DDR in Ost-Berlin gegenüber und packte aus. Sie habe ihre Verhaftung geradezu als „Erleichterung“ empfunden, sagt Albrecht später vor dem Stuttgart-Stammheimer Gericht aus. In den folgenden zwölf Tagen jagt eine Verhaftungsmeldung die nächste, jede verkauft als Erfolg der neuen bundesrepublikanisch-deutschdemokratischen Fahndungsgemeinschaft. Nacheinander geraten in Untersuchungshaft die Terroristen Inge Viett, Werner Lotze, Christine Dümlein, Ekkehard Freiherr von Seckendorff-Gudent, Monika Helbing, Sigrid Sternebeck, Baptist-Ralf Friedrich, Silke Maier-Witt und Henning Beer. Mit einem Schlag gehen den Ermittlungsbehörden Terroristen ins Netz, nach denen in der Bundesrepublik trotz Rasterfahndung und immer wieder verschärfter Sicherheitsgesetze teils mehr als zehn Jahre erfolglos gefahndet worden war, Die Kronzeugenregelung, die aussteigewilligen RAF-Aktivisten ein mildes Urteil in Aussicht stellt, sofern sie sich bereit erklären, zur Aufklärung vergangener Attentate beizutragen oder Licht in das Dunkel der RAF-Kommando- und Operationsstruktur zu bringen, führt zu einem obskuren Konkurrenzkampf der zehn Inhaftierten untereinander um die Gunst und das Interesse der westdeutschen Ermittler. Die Beamten des BKA in Wiesbaden und der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe kommen mit dem Schreiben der. Aussageprotokolle kaum nach, so sehr drängt es die Terroristen zu Erklärungen und Geständnissen. Jeder will und muß, sollen sich die Enthüllungen strafmindernd auswirken, als erster am Zug sein. Nur Inge Viett schweigt beharrlich.

Während die Medien aus dem Wettlauf der Aussteiger mit der Zeit brisanten Lesestoff zu gewinnen wissen und Lebensbeichten von Lotze bis Sternebeck die Zeitungen füllen, sind Beamte des Bundeskriminalamtes längst unterwegs, das Undenkbare zu beweisen: Als offizielle Verlautbarungen noch unisono betonen, Kontakte zwischen der Stasi und aktiven Terroristen habe es niemals gegeben und die Beherbergung von RAF-Mitgliedern in der DDR sei ein durch und durch unlauteres Aussteigerprogramm gewesen, verdichten sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1990 Hinweise darauf, daß der Staatssicherheitsdienst den Terroristen der „Rote Armee Fraktion“ sehr wohl aktive Waffenhilfe gewährt hatte, In aller Stille hatten die Beamten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nach Schauplätzen, Indizien und Beteiligten gesucht, die ihre Vermutungen erhärten würden. Als das ARD –Fernsehmagazin „Monitor“ am Morgen des 26. März 1991 in einer Vorabveröffentlichung die Ermittlungsergebnisse des Bundeskriminalamtes enthüllt, bricht in Wiesbaden und Karlsruhe hektische Betriebsamkeit aus: Beim Generalbundesanwalt werden Haftbefehle erwirkt; Einsatzfahrzeuge des BKA setzen sich in Richtung Ostberlin in Bewegung. Am Nachmittag wird Stasi-Generalleutnant Gerhard Neiber unter dem dringenden Tatverdacht der Beihilfe zum versuchten Mord und der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung in seinem Haus in der Hohenschönhausener Oberseestraße 38 verhaftet. Noch im Jahr zuvor, am 21. Juni 1990, hatte Neiber, der als Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit, Erich Mielke, für die Betreuung der RAF-Mitglieder verantwortlich zeichnete, in einem Interview des DDR-Fernsehens vollmundig erklärt, die DDR habe jede Art von Terrorismus verabscheut; eine Zusammenarbeit mit RAF-Mitgliedern habe es nur gegeben, wenn diese sich vom Terrorismus losgesagt hatten.

Viermal noch greifen die Fahnder zu; einmal kommen sie zu spät: Sie vollstrecken Haftbefehle gegen die Stasi-Obristen Harry Dahl, Günter Jäckel, Gerhard Plomann und Gerd Zaumseil. Der sechste der Kollaboration mit der RAF Verdächtige, Helmut Voigt, kann sich absetzen. Sein Auto wird später am Ostberliner Alexanderplatz gefunden. Der operative Leiter der Stasi-RAF-Connection ist bis heute nicht gefaßt, Die Stasi-Offiziere werden beschuldigt, die RAF-Mitglieder Inge Viett, Christian Klar, Helmut Pohl und Adelheid Schulz im Frühjahr 1981 in

einem mehrwöchigen Lehrgang an Waffen und im Umgang mit Sprengstoff ausgebildet zu haben. Im Rahmen dieser Ausbildung soll unter anderem die Handhabung einer sowjetischen Panzerfaust vom Typ RPG 7 geübt worden sein. Besonders brisant daran ist: Mit einer Panzerfaust desselben Typs wurde am 15. September 1981 auf den Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa, General Frederick Kroesen, ein Anschlag verübt. zu dem sich ein „Kommando Gudrun Ensslin“ der RAF bekannte.

Die ZEIT mutmaßte nach dem mißlungenen Attentat auf den General und seine drei Begleiter damals, daß die Terroristen den Umgang mit der Panzerfaust lange geübt haben mußten, und merkte an, daß diese Übungen wohl kaum in einer westdeutschen Kiesgrube stattgefunden haben konnten. Allerdings gingen BKA und Bundesnachrichtendienst (BND) Anfang der achtziger Jahre noch davon aus, daß das RAF-Kommando im Nahen Osten, speziell im Jemen, Trainingslager unterhielt. was auch stimmte. Doch war dies eben nur die halbe Wahrheit. Auch das SED-Regime unterhielt Kontakte zu verschiedenen palästinensischen Terrororganisationen. Die Verbindung war bekannt. Dennoch kam niemand auf den Gedanken, die DDR könnte sich das Terrorpotential der RAF zunutze machen und ihr gar als Zuflucht und Trainingslager zur Verfügung stehen. Erst mit dem Zusammenbruch des Honecker-Regimes fast zehn Jahre nach dem Kroesen-Attentat werden die Zusammenhänge schlagartig klar. Dabei hatte es sehr wohl stichhaltige Hinweise auf einen Aufenthalt von RAF-Mitgliedern im anderen Teil Deutschlands gegeben: So habe am 7. November 1986 ein DDR-Bürger beim Kriminalpolizeiamt Saarbrücken zu Protokoll gegeben, eine Maschinenbaustudentin in Köthen sei vermutlich mit Susanne Albrecht identisch. Fünf Tage später teilt das BKA jedoch mit, Susanne Albrecht befinde sich nach Quelleninformation weiterhin bei der Palästinenserorganisation PFLP in Syrien und sei für diese tätig. Am 11. Januar 1987 wird der Vorgang zu den Akten gelegt, da der Bürger, der den Hinweis gegeben hatte, nicht ein weiteres Mal vernommen werden kann.

Auf ähnliche Art und Weise verlieren sich zwei weitere Spuren, die einen Aufenthalt Susanne Albrechts in der DDR vermuten lassen. Auch auf Alias-Namen, Wohnort und Arbeitsplatz von Silke Maier-Witt und Inge Vielt geht jeweils ein Hinweis aus der DDR ein. Auch diesen wird gar nicht oder nur nachlässig nachgegangen. Auf das Konto des Bundesnachrichtendienstes in Pullach, der für die Auslandsaufklärung zuständig war und die Spuren des BKA zur weiteren Prüfung übermittelte bekam, gehen die entscheidenden Fahndungsteiler: Im Falle Silke Maier-Witt teilte der BND lakonisch mit, weitere Erkenntnisse seien nicht zu gewinnen; im übrigen dürfe man das Informantennetz des Nachrichtendienstes in der ehemaligen DDR durch weitere Nachforschungen nicht gefährden. Ob der Schnelligkeit, mit der der BND auf die Anfrage reagiert hatte - der abschlägige Bescheid war kaum acht Monate nach Erhalt des ersten Hinweises erfolgt - sah sich ein Mitarbeiter des BKA veranlaßt, in einem abschließenden Bericht resignierend anzumerken: „Eine erneute Abgabe der Spur an den BND wird für wenig sinnvoll gehalten. Zurückliegend hat der BND kein brauchbares Ergebnis erbracht. Es wurden vielmehr die Ermittlungsmaßnahmen um ca. neun Monate verzögert.“

Keine der fünf in die DDR weisenden Spuren führt denn auch zu einem Ermittlungserfolg.

Sprengstoff von der Stasi

„ARD-Monitor“ deckt auf: DDR-Hilfe für „Revolutionäre Zellen“

Berlin, 25. August 1983, Kurfürstendamm: Bombenanschlag auf das „Maison de France“. In ihm sind das französische Generalkonsulat, das Kulturzentrum und ein Kino untergebracht. Bei dem Anschlag, der in einer ganzen Reihe ähnlicher Attentate gegen französische Einrichtungen in verschiedenen Ländern steht, wird ein Mann getötet; mehrere andere Personen erleiden zum Teil schwere Verletzungen. Monate später bekennt sich in einem Schreiben an die deutsche Botschaft im saudi-arabischen Dschidda der weltweit gesuchte Terrorist Carlos zu dem Verbrechen.

Sieben Jahre danach, im September 1990, fällt Beamten des Bundeskriminalamtes im Zentralen Kriminalamt in Ost-Berlin eine Akte in die Hände, die die Hintergründe des Berliner Attentats neu beleuchtet und dabei ungeahnte Dimensionen der Terrorverstrickungen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) enthüllt: Auch bei dem Bombenanschlag in Berlin, so geht aus dem Operativvorgang „Separat“ des Ministeriums für Staatssicherheit hervor, hatte das MfS seine Finger im Spiel und: Einer der Hauptbelasteten ist der flüchtige Stasi-Offizier Helmut Voigt. Hinter dem Codenamen „Separat“ verbirgt sich eine bislang unbekannte Verbindung der Stasi zu der Terrorgruppe um Iljitsch Ramirez Sanchez, genannt Carlos. Zu ihr unterhielt das MfS mindestens seit 1980 enge Kontakte. Der für Mitteleuropa zuständige Stellvertreter Carlos' ist ein Deutscher. Sein Name: Johannes Weinrich, Chef der „Revolutionären Zellen“, der zweiten deutschen Terrororganisation neben der RAF.

Johannes Weinrich und andere „Alt-RZler“, wie sie Stasi-Oberst Günter Jäckel in seiner Aussage gegenüber dem BKA vom Januar bezeichnete, hielten sich regelmäßig in der DDR auf. In den Ausführungen Jäckels ist von einem Mann mit dem Decknamen „Steve“ die Rede. „Steve“, dies geht aus dem Buch des Terroraussteigers Hans Joachim Klein („Rückkehr in die Menschlichkeit“) hervor, war der Tarnname des Kopfes der „Revolutionären Zellen“. Dabei handelt es sich, wie man heute weiß, um Johannes Weinrich.

Nach Erkenntnissen der Berliner Staatsanwaltschaft reiste der Kopf der „Revolutionären Zellen“ 1982 mit syrischem Diplomatenpaß in die DDR ein. Als Zöllner routinemäßig sein Gepäck durchsuchen, stoßen sie auf 24 Kilogramm Sprengstoff, Eilig informierte Stasi-Beamte erscheinen am Flughafen. Unter ihnen ist auch Helmut Voigt, Der Sprengstoff wird in Verwahrung genommen, Weinrich nach längeren Diskussionen in sein Hotel entlassen. In der Folgezeit reist Weinrich unbehelligt weiter ein und aus. Im Januar 1983 veranlaßt Helmut Voigt eine Durchsuchung von Weinrichs Gepäck in dessen Hotelzimmer. Dabei stellen die Stasi-Beamten Handzeichnungen sicher. Auf ihnen ist das Ziel für einen Sprengstoffanschlag skizziert: Es ist das „Maison de France“ in West-Berlin. Das Dokument liegt den bundesdeutschen Ermittlungsbehörden vor.

Das Folgende erscheint heute unfassbar: Anstatt den Anschlag zu verhindern, Weinrich festzusetzen oder die französischen Behörden zu warnen, händigt die Stasi den beschlagnahmten Sprengstoff dem Terroristen wieder aus. Dieser gibt ihn an einen zu diesem Zweck eingereisten Libanesen weiter. Der wiederum verübt schließlich den Anschlag auf das „Maison der France“, Mit diesem und den Attentaten auf die französische Botschaft in Beirut sowie den Schnellzug Toulon-Paris sollte ein führendes Mitglied der Carlos-Gruppe aus französischer Haft freigesprengt werden: Magdalena Kopp, Mitglied der „Revolutionären Zellen“, Decknamen Vera und Lily. Auch sie war für die Stasi keine Unbekannte.

Die Terroraktivitäten des MfS gingen somit weit über die inzwischen bekannte Stasi-RAF-Connection hinaus: Über die „Revolutionären Zellen“, so die aus dem Operativvorgang „Separat“ gewonnenen Erkenntnisse, mischte der Staatssicherheitsdienst der DDR erwiesenermaßen im internationalen Terrorismus mit. Die deutschen Ermittler wissen inzwischen, wer der Attentäter vom 25. August 1983 war: der Libanese El Sibai. Unmittelbar nach dem Anschlag war aufgrund von Zeugenangaben ein Phantombild gefertigt worden. Dieses Phantombild stimmt exakt mit Photos von El Sibai überein. Im Zusammenhang mit dem Anschlag auf das „Maison de France“ in Berlin sucht die Staatsanwaltschaft per Haftbefehl heute demnach nach vier Personen: Carlos, Johannes Weinrich, El Sibai und Stasi-Offizier Helmut Voigt. Von mindestens zwei der Gesuchten, nämlich Carlos und Weinrich, weiß man, daß sie sich zusammen mit Magdalena Kopp in der Obhut der syrischen Geheimdienste in der Umgebung von Damaskus aufhalten. Von El Sibai und Voigt allerdings fehlt jede Spur.

So wird die ganze Tragweite des RAF-Stasi-Bündnisses bekannt. Zu diesem Zeitpunkt, das geht aus Vernehmungsprotokollen des Bundeskriminalamtes hervor, haben ehemalige Stasi-Mitarbeiter, die Kontakte zu aktiven RAF-Mitgliedern unterhielten, ihr Wissen bereits offenbart. Die Enthüllungen eines Mitarbeiters des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) entpuppten sich

geradezu als sensationell: Neben dem Operativvorgang (OV) „Stern II“, hinter dem sich die Betreuung der ausgestiegenen RAF-Terroristen verbarg, hatte es nämlich, so war den Aussagen des MfS-Mannes zu entnehmen, einen weiteren streng geheimen Vorgang mit dem Code-Namen „Stern I“ gegeben. „Stern I“ diente der Betreuung und Unterstützung noch aktiver RAF-Mitglieder.

Der MfS-Mitarbeiter, dem nach eigenen Angaben erst im Laufe seiner Tätigkeit für die Stasi bewusst geworden war, mit welcher brisanten Staatsgästen er es zu tun hatte, lieferte erste eindeutige Hinweise auf eine kriminelle Verstrickung des ostdeutschen Spitzelapparates mit Westdeutschlands mordenden „Weltverbesserern“: „Erste Kontakte liefen 1978/79 über Inge Viett, die damals noch vor dem Zusammenschluß von RAF und ‚2. Juni‘ als Mitglied der Bewegung ‚2. Juni‘ die DDR aufgesucht hat“, erläuterte er vor Beamten des BKA. „Hier kann man sagen, daß die linksterroristischen Vereinigungen gegenüber der DDR keine ablehnende Haltung einnahmen, sondern das Gebiet der DDR im Rahmen des „Internationalismus“ als logistische Basis bzw. Ruheraum nutzen wollten . . . Der erste Kontakt lief nach meiner Erinnerung über Herrn Dahl.“ Harry Dahl, einer der kurz vor Ostern dieses Jahres verhafteten Stasi-Obristen, war Inge Viett erstmals begegnet, nachdem diese beim Versuch, bewaffnet in den Osten Deutschlands einzureisen, von DDR-Grenztruppen gestellt worden war. Vor wenigen Wochen brach auch Inge Viett ihr Schweigen. Aus der Niederschrift eines informellen Gesprächs zwischen ihr und einem Kriminalbeamten vom Januar 1991 geht hervor, daß sie nach ihrer Festnahme durch die DDR-Behörden innerhalb kürzester Zeit in die Chefetage des Staatssicherheitsdienstes weitergereicht wurde. Viett, der bei der Einfädelung und Ausgestaltung der RAF-Stasi-Connection eine führende Rolle zukommen sollte, durfte später - ohne ihre Waffe abgeben zu müssen - weiterreisen. Im folgenden Jahr kam es, so die vom BKA protokollierten Ausführungen des MfS-Mitarbeiters weiter, zu einem Treffen zwischen Christian Klar, dem später tödlich verunglückten Wolfgang Beer und Stasi-Offizieren im Ost-Berliner „Inter-Hotel“. Bei diesen Gesprächen war unter anderem der nach wie vor untergetauchte Helmut Voigt anwesend. Thema der konspirativen Treffen war das „gegenseitige Abklären der gegenseitigen Zielvorstellungen des MfS“. Im Klartext: Man horchte sich aus und suchte nach gemeinsamen Zielen.

Hauptmotiv der DDR-Organen für die Kontaktaufnahme mit international gesuchten bundesdeutschen Terroristen dürfte der systemimmanente Verfolgungswahn des SED-Regimes gewesen sein, der in der Vorstellung gipfelte, die RAF könnte ihre Aktionen eines Tages auch gegen die DDR richten. Per Ministeranweisung sei denn auch, so geht aus den BKA-Aufzeichnungen hervor, angeordnet worden, nur Beziehungen zu solchen Gruppen zu unterhalten, die bereit waren, ihre Pläne offenzulegen. Eine Gefährdung der DDR und ihrer Verbündeten sollte von vornherein ausgeschlossen werden.

In den Jahren nach dem „Heißen Herbst 1977“ ging es den RAF-Unterhändlern tatsächlich im wesentlichen um die Unterbringung der aussteigewilligen Kommando-Mitglieder. Das Scheitern der Operationen „Big Money“ und „Big Raushole“ die misslungene Entführung von Jürgen Ponto und der fehlgeschlagene Versuch, mittels der in RAF-Kreisen als Aktion „Spindy“ bezeichneten Entführung von Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer die Befreiung der Stammheimer Gefangenen zu erzwingen - hatte die Gruppe stark angeschlagen. Zudem wurde der Fahndungsdruck in der Bundesrepublik immer größer. So schickte die RAF 1979 mit den Aktiven Christian Klar, Adelheid Schulz, Helmut Pohl, Inge Viett und Henning Beer ein Vorauskommando in die DDR. Im „Forsthaus an der Flut“, auch „Objekt 74“ genannt, einem Stasi-Anwesen im brandenburgischen Briesen, führte man eingehende Gespräche mit den Stasi-Obristen Jäckel, Zaumseil und Voigt. Ein Zeuge führte im Januar dieses Jahres aus, die RAF-Mitglieder hätten einen körperlich und seelisch zerschlagenen Eindruck gemacht. Dies dürfte das entscheidende Motiv für die Terroristen gewesen sein, gegen ideologische Überzeugungen und den Widerstand innerhalb der Gruppe die Zusammenarbeit mit einem Geheimdienst zu suchen. Der Staatssicherheitsdienst pöppelte die Staatsfeinde Nummer eins der Bundesrepublik in den folgenden

Wochen wieder auf und erklärte sich zur Aufnahme der RAF–Aussteiger bereit. Die waren über ihr künftiges Exil selbst erstaunt, waren sie doch ursprünglich davon ausgegangen, im Jemen oder Angola Unterschlupf suchen zu müssen.

Weitere Kontakte zwischen den Aussteigern in der DDR und der aktiven Gruppe wurden in Zukunft peinlich vermieden. Pohl, Klar, Viett und Schulz reisten nach diesem ersten Aufenthalt wieder aus. In den Jahren 1980 bis 1982 unternahmen sie mehrere „Kontrollbesuche“, wie die BKA–Quelle weiter zu Protokoll gab.

Gruppeninterne Probleme mit der „schwierigen Persönlichkeit Inge Viett“, so ein Kenner aus Sicherheitskreisen, führten im Jahre 1983 zum endgültigen Bruch zwischen der RAF und Inge Viett, die daraufhin ebenfalls in die DDR abtauchte als letzte der zehn Aussteiger. Die übrigen RAF–Leute im Westen wollten ihr mörderisches Treiben fortsetzen. Die Niederlage von 1977 war nicht vergessen, eine neue Offensive sollte folgen.

Ziel war diesmal der „imperialistische Klassenfeind USA“. Ein Anschlag auf General Alexander Haig war 1979 gescheitert. Doch Klar, Schulz und Pohl dachten nicht an Aufgabe. Mittlerweile waren neue Mitglieder zur Kommando–Ebene hinzugestoßen, so zum Beispiel Ingrid Jacobsmeier, die bis kurz vor ihrem Abtauchen in die Illegalität als sogenannte „legale Unterstützerin“ in Frankfurt gelebt hatte. 1980 starben bei einem Verkehrsunfall die Terroristen Juliane Plambeck und Wolfgang Beer. Das BKA ermittelte damals, daß die beiden sich mitten in den Vorbereitungen auf einen neuen Anschlag befunden hatten: In den Trümmern des Fahrzeuges fanden sich Waffen, Zelte und präparierte Nummernschilder. Bis zum 31. August 1981 - an dem Tag explodierte vor dem Hauptquartier der US–Luftstreitkräfte im pfälzischen Ramstein eine Bombe - gab es keine Terroranschläge in der Bundesrepublik. In der Zwischenzeit reisten die verbliebenen Kommando–Mitglieder mehrfach in die DDR. In einem der Gespräche mit ihren Stasi–Kontaktleuten trugen Klar und Pohl die Bitte nach Schießausbildung vor. Nach vorliegenden Aussagen wurde dieser Bitte entsprochen - fraglich ist nur, ob Erich Mielke selbst oder sein Vertreter Neiber die Zustimmung gab, denn die Spitze des Ministeriums war natürlich gefragt worden.

Elektrisiert haben muß die Ermittler des BKA die Erkenntnis, daß bei einer dieser Übungen sowohl der Umgang mit Sprengstoff als auch das Schießen mit der Panzerfaust „auf dem Stundenplan“ stand. Bis heute schweigt das Bundeskriminalamt zu der Frage, wann seine Mitarbeiter erstmals von dem Panzerfaustschießen erfahren haben.

Sicher ist, daß bereits im Januar Oberst Günter Jäckel vom BKA vernommen wurde. Mit ihm saß den Fahndern einer der Drahtzieher der Terroristen–Ausbildung gegenüber. Auf hartnäckiges Nachfragen und auf Vorhaltungen der Beamten gibt er zu, daß eine solche Ausbildung stattgefunden hat. Die Erinnerungslücken des Günter Jäckel sind beträchtlich. Doch nach und nach bricht sein Widerstand, und er bestätigt die dem BKA bereits vorliegenden Informationen. Demnach ist auf einem nicht näher bezeichneten Schießplatz auf einen mit Puppen besetzten Mercedes geschossen worden. General Kroesen fuhr jeden Tag in einem solchen Mercedes zur Arbeit. Und in einem ebensolchen Mercedes entging er am 15. September 1981 nur knapp dem Tod. Christian Klar hatte aus seinem Versteck, oberhalb der Bundesstraße 37 in Heidelberg, zwei Granaten auf den Dienstwagen des Generals abgefeuert. Was Klar nicht wissen konnte: Kroesen benutzte an diesem Tag einen neuen, gepanzerten Mercedes, den ihm die nach dem Ramstein–Attentat aufgeschreckten Behörden eine Woche vorher zur Verfügung gestellt hatten. Dies rettete ihm das Leben.

Die zeitliche Abfolge der Attentate auf das US–Luftwaffen–Hauptquartier in Ramstein und auf General Kroesen sowie die RAF–Ausbildung in der DDR stellen heute das größte Problem für die Ermittler dar. Denn nur wenn die Übungen in der DDR vor den entsprechenden Anschlägen

stattgefunden haben, läßt sich der Vorwurf der Beihilfe zum versuchten Mord aufrechterhalten, können Neiber und Genossen weiter in Haft gehalten werden.

Eines haben die Ermittler des BKA in ihrem Jagdfieber offenbar übersehen: Jäckel und sein Offizierskollege Gerd Zaumseil wurden zwar in Wiesbaden vernommen, danach aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Beide haben sich nach Erkenntnissen der Generalbundesanwaltschaft vorher auf den Termin Frühjahr 1981 für die Schießübungen festgelegt. Nach ihrer erneuten Verhaftung behaupten sie jetzt, diese Ausbildungen hätten erst 1982 stattgefunden. Alle fünf Verhafteten haben die Zeit ihrer Freiheit augenscheinlich dafür genutzt, ihre Aussagen untereinander abzustimmen.

Die Behörden stehen vor einer Wand stereotyper Erklärungen. Die Beweislast bleibt bei ihnen. Eine besondere Rolle spielt dabei ein ominöses Gästebuch, das im „Forsthaus“ bei Briesen, dem „Stasi-Terroristenhotel“, geführt wurde. Nach Meinung von Terrorismusbekämpfern des BKA sind die Eintragungen in diesem Buch - sie stützen die letzte Aussage der Stasi-Offiziere - weitgehend gefälscht. Nur beweisen läßt sich dies so einfach nicht.

Inge Vielt ist nicht die einzige, aber doch die vorrangige Quelle, die die Auffassung des Generalbundesanwaltes bestätigt. Sie gibt in ihrer informellen Aussage ebenfalls an, das Panzerfaustschießen habe im Frühjahr 1981 stattgefunden. Bei einem anstehenden Haftprüfungstermin wird der Ermittlungsrichter entscheiden müssen, ob dies ausreicht, um Neiber, Jäckel, Dahl, Plomann und Zaumseil weiter in Haft zu behalten.

Sollte sich der Anklagepunkt „Beihilfe zum versuchten Mord“ nicht halten lassen, bleibt nur der Tatbestand der „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ übrig. Das wäre mittlerweile verjährt - es sei denn, die Ermittlungsrichter sähen eine juristische Möglichkeit, den zweifellos vorhandenen Kontakten zwischen dem MfS und dem sogenannten legalen Arm der RAF in den Jahren nach 1985 den Charakter einer die Terroristen unterstützenden Handlung zu geben. Dann bestünde die theoretische Möglichkeit, die Beschuldigten auch heute noch nach Paragraph 129a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) vor Gericht zu bringen.

Solche Kontakte hatte der mittlerweile verurteilte Terrorist Werner Lotze den ermittelnden Behörden offenbart. Allerdings gilt nach wie vor als unstrittig: 1984 ist die aktive Zusammenarbeit zwischen Stasi und RAF beendet worden. Die Verhaftungen von Klar, Schulz und Pohl hatten die RAF-Stasi-Connection zerstört. Kontakte zwischen der Staatssicherheit und dem sogenannten legalen Arm der RAF nach 1985 gehen nach Auffassung westdeutscher Sicherheitsexperten nicht über Geheimdienstroutine hinaus.

Die Hoffnung der ansonsten hilflosen Sicherheitsbehörden, über die Stasi-Akten an Erkenntnisse über die dritte Terroristengeneration zu kommen, sind schwach. Eine Zusammenarbeit zwischen Stasi und RAF bei den Attentaten auf Herrhausen, Neusel und Rohwedder gilt als unwahrscheinlich. Dennoch erhoffen sich die Fahnder von einem Zugriff auf die Stasi-Akten weitere Aufschlüsse für die Fahndung nach den Terroristen der späten achtziger Jahre. Sollten sich nach Rasterfahndung, Kronzeugenregelung und Aussteigerprogrammen auch die Akten als wenig ergiebig für die Terroristenbekämpfung erweisen, müssten die westdeutschen Ermittler einräumen, daß sie dem Trauma RAF im dritten Jahrzehnt so hilflos gegenüberstehen wie zuvor. Selbst dann, wenn hinter der kriminellen Vereinigung RAF nicht die nicht minder kriminelle Vereinigung Staatssicherheit steht.

DIE ZEIT, 1991
19/1991